

Zeitschrift: Frauezeitig : FRAZ
Band: - (1983-1984)
Heft: 7

Artikel: Frau und Politik
Autor: Kuhn, Margrit
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1054718>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frau und Politik

Die Frage «Was ist Politik» würde ein Nationalrat mit verschiedenen Verwaltungsratsmandaten sicher anders beantworten als Leute, die nicht zu den Machthabenden gehören. Anscheinend aber definieren dies auch Frauen

anders als Männer. Der besagte Nationalrat hat seinen politischen Stil, er vertritt Interessenpolitik. Er bestimmt, wie Politik gemacht wird. Auch wir Frauen haben unsere Vorstellungen, wie Politik gemacht werden könnte,

nur haben wir nichts zu bestimmen. Ich gehöre zu den Frauen, die befürworten, dass wir uns einmischen in die herkömmliche Politik, damit wir auch bestimmen können.

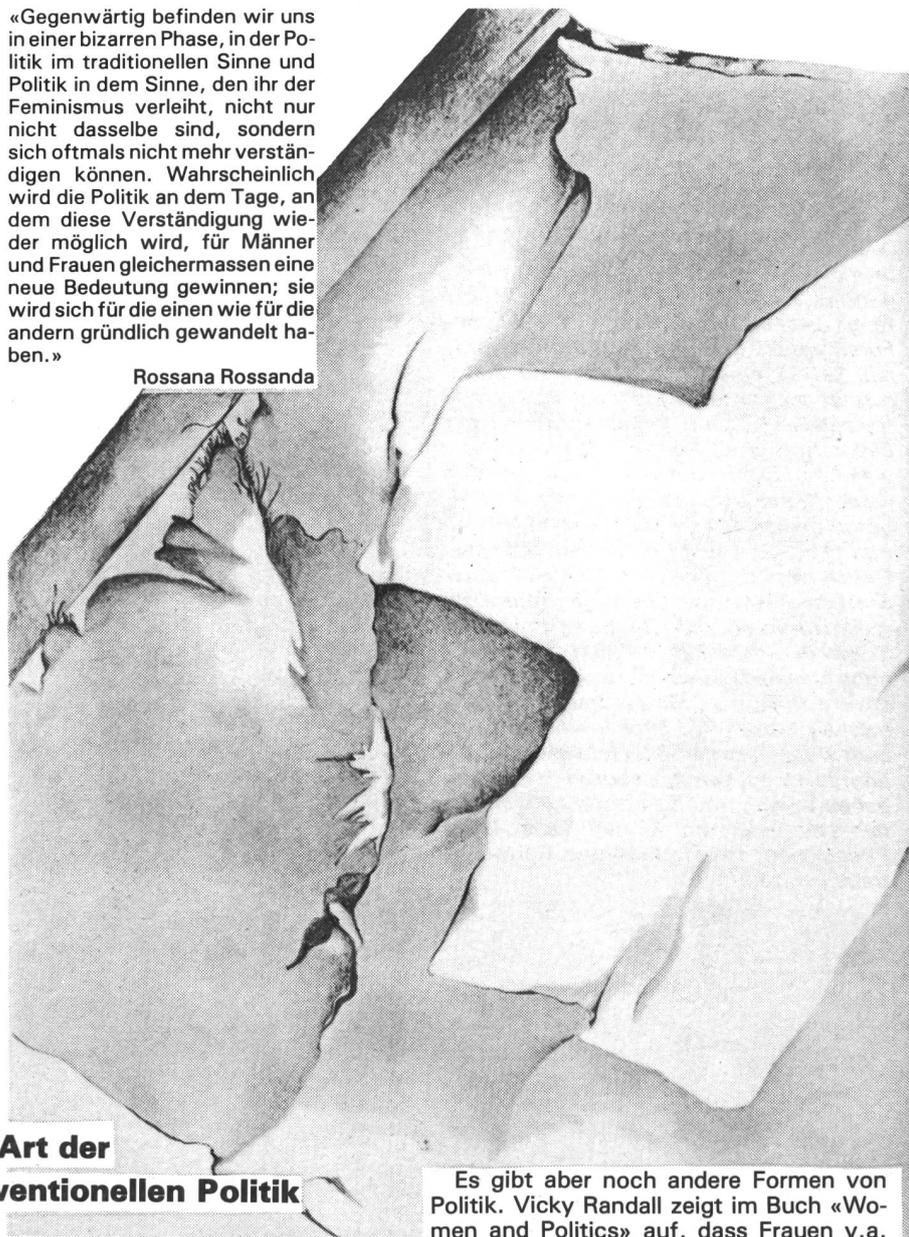
Politik

Die herkömmliche Politik ist die männlich definierte Politik in von Männern aufgebauten Institutionen und mit von ihnen konzipierten Zielvorstellungen. In dieser Politik finden wir Parteien, Parlamente, Regierungen, Kommissionen etc. Die Organisation der Gesellschaft wird von dieser herkömmlichen Politik bestimmt, unser aller Alltagsleben wird von ihr beeinflusst: Wieviele Steuern wir bezahlen müssen, in welche Schulen unsere Kinder gehen und was dort gelehrt wird, ob wir abtreiben können, gegen wen wir uns (militärisch?) verteidigen müssen, welche Regeln (Sittlichkeit, Besitz, Verträge, Strasse etc.) wir einhalten müssen etc. etc. Dies alles wird durch die Gesetze bestimmt und bürokratisch geregelt.

Die Frauen der ersten Frauenbewegung im letzten Jahrhundert hatten erkannt, dass diese Politik auch das Leben der Frauen wesentlich bestimmt und begannen politische Rechte für die Frauen zu fordern und selber politisch tätig zu werden. Den Frauen das öffentliche Leben zugänglich zu machen war und ist aber gar nicht so einfach. Die weibliche Konkurrenz wurde im letzten Jahrhundert und auch noch in diesem im gesamtgesellschaftlichen Raum (also auch in der Politik) als Bedrohung angesehen, und die Männer trachteten sie zu verhindern. (Vgl. Hannelore Mabry S.22). Und auch von den Frauen kamen grosse Widerstände. Erstens hatten sie schon immer alle Hände voll zu tun mit Familie und Haushalt und zweitens standen und stehen sie der traditionellen Politik sehr misstrauisch gegenüber.

«Gegenwärtig befinden wir uns in einer bizarren Phase, in der Politik im traditionellen Sinne und Politik in dem Sinne, den ihr der Feminismus verleiht, nicht nur nicht dasselbe sind, sondern sich oftmals nicht mehr verständigen können. Wahrscheinlich wird die Politik an dem Tage, an dem diese Verständigung wieder möglich wird, für Männer und Frauen gleichermaßen eine neue Bedeutung gewinnen; sie wird sich für die einen wie für die andern gründlich gewandelt haben.»

Rossana Rossanda



Das Misstrauen gegenüber der traditionellen Politik

Obwohl andere Länder schon viel länger als wir Schweizerinnen wählen und stimmen können, sind nur wenige Frauen in den Parlamenten zu finden. In vielen westlichen Ländern ist sogar der Anteil der Frauen an den Mandaten im Sinken begriffen. Meines Erachtens ist dies darauf zurückzuführen, dass die Art der herkömmlichen Politik vielen Frauen fremd ist und die Frauen in dieser Politik systematisch benachteiligt werden. Auf diesen Punkt möchte ich später zurückkommen.

Die Art der konventionellen Politik

Lidia Campagnano sagt im Buch «Einmischung» von Rossana Rossanda: «Die Gleichberechtigung unter Männern gründet auf der Gleichheit unter Individuen. Und was ein Individuum ist, für einen Mann, ist ziemlich klar. Er hat eine Geschichte, hat kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten gehabt, hat sich in Werten, in Normen ausgedrückt. Aber was das Individuum Frau ist, ist offen und weithin ungeklärt. Sie hat nicht die gleiche Geschichte, sie hat sich nicht in einer eigentümlichen Wertskala objektiviert, sie hat weder Normen noch eigene gesellschaftliche Formationen gebildet.» (Rossana Rossanda S.126).

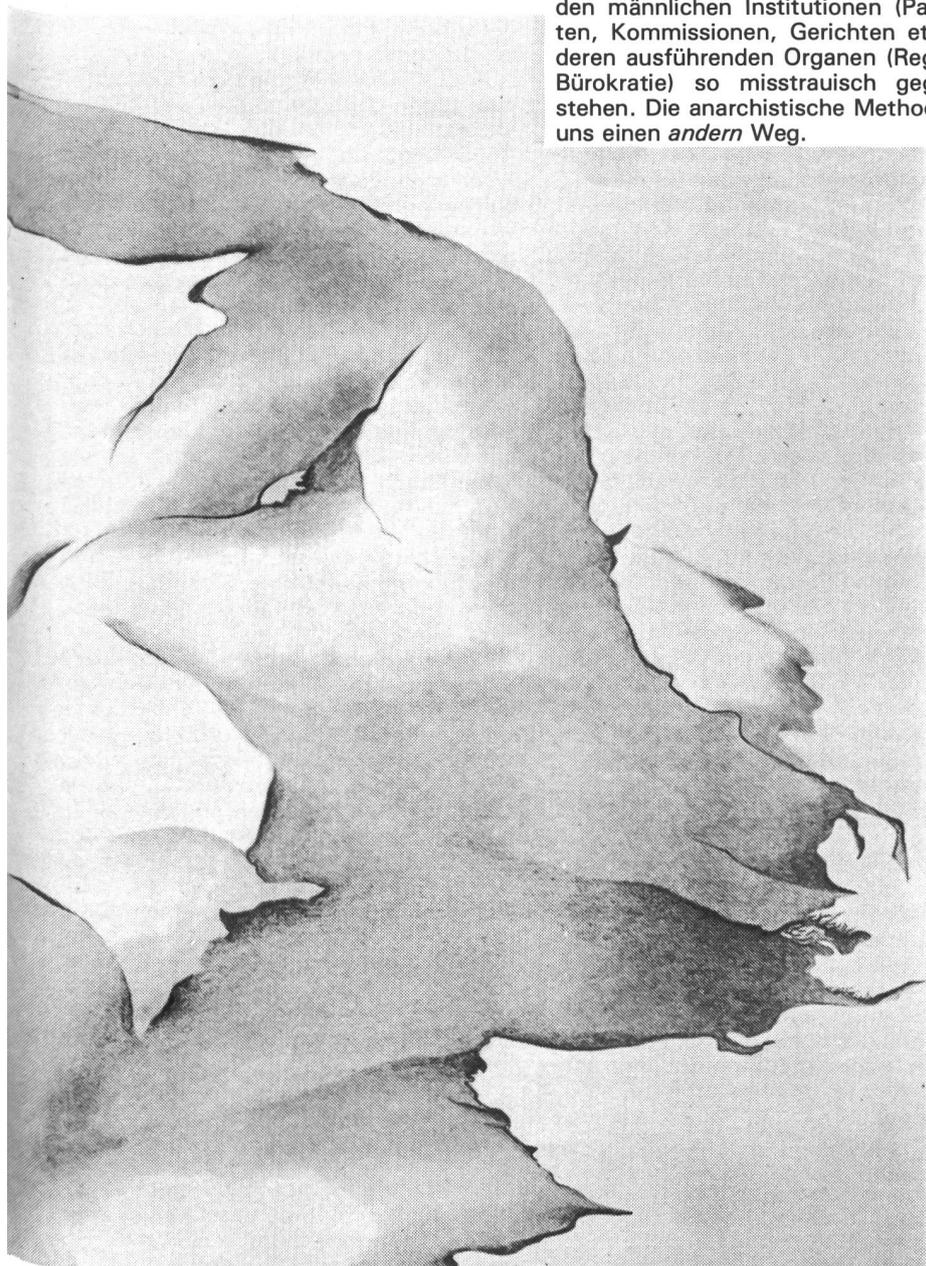
Es gibt aber noch andere Formen von Politik. Vicky Randall zeigt im Buch «Women and Politics» auf, dass Frauen v.a. sogenannte Graswurzel- und/oder ad hoc-Politik betreiben. Wir finden demnach Frauen im Quartierverein, im Kinderhüt-Projekt, in lokalen Umweltschutz- und Friedensaktionen oder in zeitlich begrenzten politischen Aktionsgruppen. Randall zitiert Barnes und Kasse: «Es könnte sein, dass die tiefe weibliche Partizipation an der konventionellen Politik weder auf ihre traditionelle Inaktivität noch auf ihren tieferen Bildungsstand zurückzuführen ist, sondern auf einen geschlechtsspezifischen Mangel an Identifikation mit der konventionellen Politik.» (Vicky Randall S.42, Übersetz. der Verf.).

Kurz, wir finden politisch aktive Frauen v.a. in der Opposition, in Gruppen, die Druck auf die Behörden auszuüben versuchen. Dies ist auch nicht verwunderlich, werden doch Frauen von den Gesetzen immer noch ungerechter behandelt als Männer (z.B. dass wir in den kapitalistischen Ländern kein Recht auf Arbeit kennen, wirkt sich auf Frauen noch verheerender aus als auf Männer). Ein anderer Grund ist wohl auch folgender: Hannelore Mabry stellt in ihrem Buch «Unkraut ins Parlament» in der BRD für 1970 lakonisch fest: «Die heutigen Parteien unterscheiden sich in ihrer Einstellung zur Frau und

Der Anarcha-Feminismus

Der Gedanke, die anarchistischen Ideen mit denjenigen der Frauenbewegung zu verbinden, ist bestechend und in gewisser Hinsicht gerechtfertigt: «Unsere Impulse für kollektive Arbeit und kleine führer/innenlose Gruppen sind anarchistisch gewesen, aber in den meisten Fällen haben wir sie nicht so genannt.» (Anarcha-Feminismus S. 52).

Anarchismus steht im Gegensatz zum Staat. Die anarchistische Theorie ist für uns so bestechend, gerade eben weil wir den männlichen Institutionen (Parlamenten, Kommissionen, Gerichten etc.) und deren ausführenden Organen (Regierung, Bürokratie) so misstrauisch gegenüber stehen. Die anarchistische Methode zeigt uns einen *andern* Weg.



der Einschätzung ihrer politischen Relevanz praktisch kaum noch.» (Vgl. Hannelore Mabry S. 53). Das heisst, Frauen werden nur als Wählerinnenpotential ernst genommen, es werden ihnen Wahlversprechen gemacht, die nachher nur schlecht und recht oder überhaupt nicht eingehalten werden. Die Gesetzgebung über den § 218 (Recht auf Abtreibung) in der BRD ist so ein Beispiel. (Vgl. dazu das Buch «Was haben die Parteien für die Frauen getan?», v.a. «Die Parteien und das Abtreibungsverbot» von Claudia Pinl S. 36-56).

Der Staat ist hierarchisch aufgebaut, es bestehen also vertikale Machtverhältnisse. In den kleinen (feministischen) Gruppierungen versuchen wir ohne Führer/innen auszukommen, streben also danach, die Machtverhältnisse abzubauen. Der Staat ist unüberschaubar, er ist ein grosser, bürokratischer Apparat, die kleinen, politischen (Frauen)Gruppen legen Wert auf Transparenz. In der herkömmlichen Politik wird die Macht an einzelne (v.a. Männer) delegiert, wir (Frauen) legen Wert auf direkte Aktionen, deren Ziele wir selber bestimmen können.

Rossana Rossanda drückt dies so aus: «Die Erfahrungen der Frauen und ihre Vorstellung von Gesellschaft folgen anderen Kriterien als dem abstrakten Prinzip einer juristischen Gleichheit und also einem Wechselspiel von Macht und Pflicht, auf dem historisch in unserer Zivilisation die Institutionen und der Staat gründen. Der Feminismus lehnt diese formale Regelung ab und besteht auf einer dunkel erahnten Grundlage für das 'Gesetz'.»

Rossanda spricht hier von einem Teil der feministischen Bewegung, von den Biologistinnen und Mystikerinnen (vgl. dazu den Artikel in diesem Heft), die sich auf die Mutter-Kind-Beziehung als «natürliches» Gesetz berufen und die Frauen somit ausserhalb der formalen Gesetze situieren. Mit Recht fragt sich Rossanda, ob es möglich ist, auf diese Art die Fremdheit der «Macht» der männlichen Welt zu überwinden. (Vgl. Rossana Rossanda S. 182).

Es ist sinnvoll, dass wir versuchen, innerhalb unserer politischen Gruppen, die Formen, die wir befürworten und für ein zukünftiges Funktionieren der Gesellschaft als wichtig erachten, jetzt schon zu leben. Aber in der herkömmlichen Politik werden wir dadurch nichts verändern. Es nützt nichts, wenn wir uns ausserhalb der Gesetze stellen und sagen, dass wir mit all dem nichts zu tun haben wollen.

Einmischung

«Unsere Unlust so zu sein, unsere Chancenlosigkeit *anders* zu sein.»

Rosalba in «Einmischung»

Der Feminismus hat sich nicht in einem sozialen Vakuum gebildet, sondern ist die Antwort auf veränderte Zustände und mangelnde Entfaltungsmöglichkeiten der Frauen im industriellen Zeitalter. Die neue Frauenbewegung ist aus der 68er-Bewegung hervorgegangen. Die Parole «das Private ist politisch», ist eine Parole aus der Menschenrechts-Kampagne in den USA. Die Forderungen anderer oppositioneller Bewegungen decken sich teilweise mit unsern. Wir sind ein Teil dieser Menschheit.

Hier bin ich aufgewachsen, dies ist meine Umgebung, dies sind die Kultur und die Werte, die ich in der Schule mitbekommen habe und die ich jetzt mitbestimmen und verändern will.

Ich bin dafür, dass wir uns in die herkömmliche Politik einmischen, nicht weil ich glaube, dass wir die Umweltzerstörung aufhalten oder einen drohenden Krieg abwenden können. Es geht mir viel mehr darum, dass wir anfangen mitzureden, unser Schicksal nicht mehr nur von den Männern bestimmen lassen, uns nicht nur negativ abgrenzen, uns nicht dauernd ausgrenzen, aufgrund unserer anderer Erfahrungen, aufgrund unserer speziellen Lebenszusammenhänge.

Alles was nicht im herkömmlichen Sinne öffentlich und politisch ist, wird von den Männern, die das Sagen haben, als privat und apolitisch eingestuft. Solange

wir uns nicht einmischen, lassen sie uns machen, was wir wollen, weil wir sie nicht bedrohen. Nicht nur hat die private Rolle der Frau ihren öffentlichen Beitrag limitiert und weitgehend definiert, sondern die öffentliche Politik hat ihre privaten Aufgaben immer wieder bestätigt. «Die öffentliche Politik setzt voraus und bekräftigt doch immer wieder die erste weibliche Verantwortung, die Kinderaufzucht und das Haus.» (Vicky Randall, S.201).

Dies gilt es zu verändern, indem sich immer mehr Frauen beruflich und politisch in immer mehr Männerdomänen einmischen, bis die geschlechtsspezifische Rollenaufteilung aufgehoben ist.

Dieses Einmischen ist aber sehr, sehr schwierig. Wie ist es den Frauen bis jetzt in der herkömmlichen Politik ergangen?

Frauen in der Politik



«Psychologie und Geschichte lassen die Annahme gerechtfertigt erscheinen, dass die von den bärtigen Gesetzgebern ausgehende Veränderung in der Lage des glatten Geschlechts niemals zum Nachteil des Bartes ausfallen werden.»

Charles Secrétan 1886

Als weltweites Phänomen ist festzustellen, dass Frauen in den politischen Institutionen weit untervertreten sind. Um in ein Parlament gewählt zu werden, gibt es fast keine andere Möglichkeit, als in eine Partei einzutreten. In der Parteiführung wird entschieden, wer als Kandidaten/innen für die Wahlen aufgestellt wird. In den höchsten Parteigremien finden wir v.a. Männer. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen skizziert die Kriterien, die zur Aufstellung von Kandidaten/innen berücksichtigt werden. Es sind Kriterien, die viel mehr auf Männer zutreffen als auf Frauen:

- Die individuelle und soziale Prädisposition, die Neigung bzw. die Intensität der Neigung «ins Rennen zu steigen.»
 - Die Parteimitgliedschaft sowie die parteiinternen Aktivitäten des/der Kandidaten/in, die Zahl der Parteiämter.
 - Der vermeintliche «Anhang» des/der Kandidaten/in dank dessen/deren Zugehörigkeit in Vereinen und Verbänden oder durch die Bekanntheit in spezifischen Bevölkerungsgruppen.
- (Die Stellung der Frau in der Schweiz, Teil 1, 1979, S.101).

Auf eindruckliche Art schildert die SPD-Bundestags-Abgeordnete Lenelotte von Bothmer im Buch «Frauen ins Parlament» ihre Erfahrungen: «Die wenigen Frauen, die aktiv in den Parteigremien sitzen, sind immer eine Minderheit. Es bleibt ihnen gewöhnlich nichts anderes übrig, als sich der Art und Weise, wie dort verhandelt, gedacht und gehandelt wird, anzupassen. Und solange nur einzelne Frauen sich in der Partei sachlich und politisch gleichberechtigt fühlen, ist das Ziel nicht erreicht. Die oben verlieren dann den Faden zur Basis.» (S.32). Wenn wir die Frauen-Politik der National- und Ständerätinnen anschauen, liegt der Schluss nahe, dass es ihnen nicht viel anders ergeht.

Schauen wir uns noch eine Entwicklung in der BRD an. Mabry hat festgestellt, dass Frauen nach dem 2. Weltkrieg vermehrt gewählt wurden. Aber: «— in Parallele zur politischen Entwicklung der 20er Jahre — korreliert das Absinken der weiblichen Repräsentanz einige Jahre nach Kriegsende mit der Zunahme reaktionärer und restaurativer Tendenzen.» Frauen sowohl links wie rechts hatten angefangen, unabhängige und nicht in erster Linie Parteipolitik zu betreiben und wurden darauf von ihren Parteien aus der bundesrepublikanischen Politik hinausgedrängt. (Vgl. Mabry S.50).

Die Parallele zur Situation der Schweizerinnen, etwas mehr als 10 Jahre nach deren Eintritt in die herkömmliche Politik, ist frappant. Zwar meint Hedi Lang, Zürcher Regierungsrätin und Frau der ersten Stunde, in einem Interview im 'Tages-Anzeiger' vom 7. April 1983: «Gleich nach der Einführung des Frauenstimmrechts hatten wir viel Vorschuss; man(n) liess uns von Anfang an in allen wichtigen Kommissionen und Gremien mitarbeiten. Heute hat sich die Situation normalisiert: Auch die Frauen müssen sich nun zuerst bewähren und die politische Stufenleiter schrittweise erklimmen.» Viele Frauen, v.a. auch diejenigen der ersten politischen Generation, haben das Gefühl, dass Frauen jetzt nur einsteigen müssen und die gleichen Chancen hätten wie die Männer. Aber dies ist nicht der Fall. Jetzt, wo sich die Situation sogenannt «normalisiert» hat, bläst den Frauen, die unabhängige Politik machen wollen, der Wind ins Gesicht. Wenn sie ihre eigene Politik vertreten, kann es ihnen ergehen, wie den beiden FDP-Frauen Brunner und Robert, die ins Abseits gedrängt werden sollen. (Vgl. dazu auch den Kommentar von Roger Blum Die FDP und die Frauen im 'TA' vom 27. April 1983).

Frauen als Kandidatinnen für politische Ämter

Frauen machen unabhängige Politik als Männer, da sie keiner sogenannten «Hausmacht» verpflichtet sind. Dies wurde auch in der CH-Fernsehsendung vom 24. Mai 1983 «Frauen in der Politik» klar. Von den rund 20 National- und Ständerätinnen haben gerade 3 je einen Verwaltungsratssitz inne. Nur wenige Frauen sitzen in Verbänden und wichtigen Organisationen wie Wirtschaftsverbände, Verkehrsorganisationen, Bauernverbände, Lehrerorganisationen etc. und werden von diesen deshalb auch nicht in die «Politik» delegiert. Lenelotte von Bothmer meint: Frauen ohne Hausmacht «haben kein entsprechendes Gewicht. Wer nicht in der genannten Weise besonderen Wert hat, ist politisch weitgehend einflusslos. Die inneren Entscheidungsprozesse finden ohne ihn (sie) statt.» (Frauen ins Parlament S.35). Die Frauenorganisationen können nicht als einflussreiche Interessengruppen eingestuft werden und spielen in der Öffentlichkeit auch noch keine gewichtige Rolle. (S. dazu «Stellung der Frau in der Schweiz», Teil 1, S. 135).

Helga Schuchardt, FDP-Bundestags-Abgeordnete in der BRD (1975) sagt über die Ämterzuweisung an Frauen: «Parlamentarierinnen werden unabhängig von ihren sonstigen Fachkenntnissen in den

Ausschüssen und Aufgaben eingesetzt, die nach herkömmlichem Rollenverständnis eher einer Frau angemessen sind: Soziales, Familie, Jugend, Gesundheit und vielleicht noch Kultur.» (Frauen ins Parlament S.50). Dies deckt sich auch mit den Aussagen der Schweizer Parlamentarierinnen in der CH-Fernsehsendung vom 24. Mai 1983.

Machen Frauen Frauen-Politik?

Es stellt sich die Frage, ob Frauen in den Parlamenten Frauen-Politik machen. Vicky Randall meint in ihrer viele Länder umfassenden Studie «Women and Politics», dass bis zu den 70er Jahren die meisten Mandatsträgerinnen sich v.a. zuerst als Abgeordnete und erst in zweiter Linie als Frauen verstanden. In den 70er Jahren begannen die Parlamentarierinnen bewusster zu werden, was die Frauenfrage anbelangt. Abschliessend zu dieser Frage stellt sie aber fest, dass Mandatsträgerinnen nicht viel anders politisieren als ihre Kollegen. «Die Unterschiede, die sich ergeben, sind zum Teil auf den Mangel an Macht der Frauen zurückzuführen.» Denn, wie Helga Schuchardt, stellt Randall fest, dass die Spezialisierung der Frauen in sogenannten «weiblichen» Bereichen, auf die ihnen durch die Männer zugewiesenen Rollen zurückzuführen ist. (Vicky Randall S.105). Frauen, die sich allzu sehr für Frauenpolitik eingesetzt hatten, riskierten ihre politische Karriere. Dies ist in den USA geschehen, ist aber bei uns auch heute noch denkbar.

In der Schweiz wurden Frauenthemen v.a. in ausserparlamentarischen Gruppen aufgegriffen. So wurde 1975 die Initiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» in der Frauengruppe der SP angeregt, und die Mutterschaftsschutz-Initiative wurde 1977 von verschiedenen Frauengruppen und Linksparteien lanciert. Zwar wurden im Parlament persönliche Vorstösse zu Frauenfragen v.a. von Frauen der politischen Linksparteien unternommen, diese werden aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Eine Ausnahme bildet der «Bericht über die Gewalt an Frauen in der Schweiz», der von der SP-Politikerin Heidi Deneys angeregt wurde. (Vgl. dazu Fraz Nr.4).

Bei der Diskussion des neuen Ehe- und Güterrechts im Nationalrat vom letzten Juni hatten sich Frauen über die Parteigrenzen hinweg miteinander solidarisiert und sich für ihre eigenen Belange eingesetzt. Es ist zu hoffen, dass sie dies auch bei den Diskussionen um die 10. AHV-Revision tun werden. Bei dieser Revision geht es v.a. um die Gleichstellung der Frau. Die Vorarbeiten der Kommission sind ja bis jetzt sehr enttäuschend verlaufen. Der Bericht wurde deshalb wieder in die Kommission zurückgeschickt. In der Pressemitteilung des Eidg. Departements des Innern heisst es dazu, dass «nicht zu tiefe Eingriffe in die Struktur der AHV vorgenommen werden sollten» und warnt vor einer «Überforderung vom Bundesamt für Sozialversicherung». Dies bedeutet, dass die Struktur und die Finanzen der AHV höher bewertet werden sollen als die Frauenanliegen.

In Zukunft vermehrte Frauenpolitik in den Parlamenten?

Die politischen Reformen der letzten Zeit haben nur die Oberfläche der Ungleichheiten der Frauen gegenüber den Männern angekratzt. Es gilt die psychologischen und emotionalen Gründe der Abhängigkeit der Frauen von den Männern aufzudecken, dies v.a. auch in und durch die Politik

Im deutschen Bundestag haben die grünen Frauen bei der Diskussion zum § 218 angefangen, die Herren auf Missstände im sexuellen Bereich aufmerksam zu machen, wie folgender Abschnitt aus der «Emma Nr.6 vom Juni 1983 zeigt:

Waltraud Schoppe, 40 Jahre alt, Referendarin, zwei Kinder, in Scheidung und „wilder Ehe“ lebend, schüttelt ihre rote Mähne und geht zum Redepult. Mit tiefer, ruhiger Stimme beginnt sie, und wie immer, wenn jemand von den Grünen spricht, ist man sich bei der CDU/CSU zunächst uneinig, ob man einfach gelangweilt spazieren gehen oder stören soll. Es geht um den Paragraph 218.

„Wir bewegen uns in einer Gesellschaft, die Lebensverhältnisse normiert, auf Einheitsmorden, Einheitswohnungen, Einheitsmeinungen, auch auf eine Einheitsmoral, was dazu geführt hat, daß sich Menschen abends hinlegen und vor dem Einschlafen eine Einheitsübung vollführen, wobei der Mann meist eine fahrlässige Penetration durchführt.“

Für die Schweiz ist folgende Zeitungsnotiz im 'Tages-Anzeiger' vom 26. April 1983 ein Lichtblick:

Die POCH haben die Beteiligung der Frauen konsequent gefördert. «Gegen die Männerherrschaft in der Politik», stand auf einem Kandidatinnenflugblatt. Damit wurden die Frauen offensichtlich angesprochen. Jedenfalls waren auf vielen POCH-Listen die Männer konsequent gestrichen. Die Frauen rückten entsprechend auf die vorderen Listenplätze vor. Die POCH-Fraktion bringt im Verhältnis zu ihrer Grösse mit Abstand am meisten Frauen ins Parlament.

Die Streichung der Männer, z.B. auf der POCH-Liste, damit die Frauen nach vorne rücken, empfehle ich für die Eidg. Wahlen von diesem Herbst zur Nachahmung.

Eine schweizerische Frauenpartei

Gesamthaft kann für die Schweiz gesagt werden, dass sich die Linksparteien mehr für Frauenbelange einsetzen als die bürgerlichen Parteien. Für die Frauenbewe-

gung stellt sich auch die Frage der jeweiligen politischen Allianz, wenn es etwa um die Lancierung eines Referendums geht oder um unsere Propaganda im Vorfeld einer Abstimmung oder vor Wahlen. Wenn wir die Linksparteien unterstützen, fahren wir wohl gesamthaft gesehen besser.

Frauen sind aber sowohl in den Gewerkschaften als auch in den Linksparteien untervertreten. Die Linksparteien unterscheiden sich punkto Männerdominanz kaum von den bürgerlichen Parteien. Die Gewerkschaften fallen nicht besonders auf, wenn es um die vehemente Vertretung der Frauenanliegen geht, wie das jüngste Friedensabkommen in der Maschinen- und Metallindustrie wieder zeigt:

Fritz Reimann sagt im 'Tages-Anzeiger' vom 11. Juli 1983: «Wir verlangten auch einen besonderen Kündigungsschutz und eine bessere Berücksichtigung der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Aber da blockten die Arbeitgeber einfach ab.» Nicht zuletzt weil die Gewerkschaften die Frauenanliegen immer wieder auf die lange Bank schieben, wird das in der Verfassung verankerte Recht der Frauen auf gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit noch lange nicht verwirklicht werden.

Am besten wäre es, wir Frauen würden eine eigene Frauenpartei gründen, damit unsere Probleme vehement und konsequent an die Öffentlichkeit getragen würden. In Norwegen ist anscheinend 1971 eine Frauenpartei gegründet worden, aber frau hört nichts mehr von ihr. Es wäre interessant zu wissen, welche Wirkungen sie gehabt hat, oder immer noch hat. Auch in der BRD und in Spanien wurden Frauenparteien gegründet. (Vgl. dazu den Kasten).

In diesem Sinne würde ich auch eine Politik der FRAZ anstreben: Nämlich das Sprachrohr desjenigen Teils der Frauenbewegung zu sein, der dauernd und ohne Nachzulassen die ungelösten Probleme der Frauen aufdeckt, damit die feministische Opposition in dieser Gesellschaft nicht erlahmt und sich nicht langsam aber sicher in die herrschende Meinung dieser Gesellschaft einfügt — wie dies ja beim zuerst recht kämpferischen BSF (Bund Schweizerischer Frauenvereinigungen) geschehen ist. Es gibt viele Formen, wie wir Frauen uns einbringen können. Wir haben viele Ideen, die meisten sind aber diffus, (noch) nicht klar formuliert. Nach der ersten Phase der aktiven, neuen Frauenbewegung stehen wir vor dem Problem, uns und unsere Arbeitsweise neu definieren zu müssen. Die Strategie, die ich jetzt sehe, ist die, Feministinnen zu unterstützen, die die Kraft haben in die herkömmliche Politik einzusteigen und dort von innen heraus etwas zu verändern und unsere Vorstellungen von Politik einzubringen.

Wie ich aufzuzeigen versuchte, ist das Einmischen aber eine sehr schwierige Sache und wird für die nächste Generation von Frauen wahrscheinlich noch mit mehr Misserfolgen verknüpft sein als mit Fortschritten. Sobald sich die Männerwelt darüber klar werden wird, dass es jetzt wirklich darum geht, ihnen die Macht streitig zu machen, werden die Frauen vielen Repressionen ausgesetzt sein.

Marqrit Kuhn

Im Mai 1979 wurden die Thesen für eine spanische Frauenpartei vorge stellt. Die Frauen sehen sich als eine «Klasse für sich» und streben die feministische Revolution an. Nach der Formulierung ihrer theoretischen Grundlagen und einer Analyse der aktuellen Situation der Frauen in Spanien formulieren sie ihre Alternativen. Sie wollen feministische Interessen vertreten, gerade, weil «keine Frau die höchste Stelle der Macht erreicht hat, wenn sie als prinzipielles Ziel die Interessen der Frau vertrat.» (S. 109). Sie wollen von den vorhergehenden, sozialen Revolution versuchen zu lernen, wollen aber nicht die gleichen Fehler machen. Ihr Ziel ist es, die Macht zu übernehmen, d.h. als Minimum soll 51% des Machtapparates in den Händen der Frauen sein. In der ökonomischen Politik soll dann nicht die Entwicklung der Industrie oder der Kernenergie als erstes Ziel gewählt werden, sondern die Sozialisation der Hausarbeit und die Sorge für die Kinder, die Alten und die Kranken. Als Staatsform wählen sie die Republik.

Thesen der Span. Frauenpartei

Die Frauenpartei der BRD wurde im November 1979 gegründet. Die Frauen wollen auf dem Wege der parlamentarischen Mitbestimmung «Gerechtigkeit für beide Geschlechter» durchsetzen. Sie stellen Forderungen auf aus der Sicht der Frau zu folgenden Themen: Frieden und Abrüstung, Erziehung, Arbeit im und ausser Haus, soziales Umfeld, Wirtschaftswachstum/Energie. Sie wollen die bestehenden Herrschaftsstrukturen, die auf Macht und Unterdrückung beruhen, aufbrechen und fordern, dass die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung der Frauen endlich verwirklicht wird. «Wir Frauen bekennen uns zu den Werten Kreativität, Spontanität, Emotionalität und menschliches Miteinander-Umgehen, die bisher ausschliesslich zu unserer Ausbeutung verwendet wurden.»

Parteiprogramm der

Frauenpartei der BRD

Benutzte Literatur

Anarcha-Feminismus, Edition Schwarze Kirschen I, Libertad Verlag Berlin, Übersetzung aus dem Amerikanischen, versch. Autorinnen

L. Berger, L.v.Bothmer, H. Schuchardt, Frauen ins Parlament, rororo aktuell, Hamburg 1976

Hannelore Mabry, Unkraut ins Parlament, Verlag Andreas Achenbach, Giessen/Lollar 1974

H. Mundzeck, C. Pinl, Was haben die Parteien für die Frauen getan?, rororo aktuell, Hamburg 1976

Rossana Rossanda, Einmischung, 1979, Übersetzung aus dem Italienischen durch die Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1980

Susanna Woodtli, Gleichberechtigung, Verlag Huber Frauenfeld, 1975

Vicky Randall, Women and Politics, The Macmillan Press Ltd, 1982

Eidg. Kommission für Frauenfragen: Stellung der Frau in der Schweiz, F-Frauenfragen, Pressemappen etc.